

Landespolitik

Neue Studie kündigt SP weiter Verluste an

Meinungsforscher prognostizieren der SPÖ einen Absturz auf 22 Prozent. Die Parteispitze kontert mit eigenen Zahlen.

VON WOLFGANG ATZENHOFER

Mitten in die Halbzeit der aktuellen Legislaturperiode platzt die Umfrage des privaten Meinungsforschers SOZAB. Das unabhängige Institut stellte in den vergangenen Wochen 1700 Niederösterreicher die „Sonntagsfrage“. In der Umfrage mit dem Arbeitstitel „So tickt NÖ“

würden nur mehr 22 Prozent der Wähler – also um 3,5 Prozent weniger als 2008 – der SPÖ bei einer Landtagswahl die Stimme geben. Die ÖVP könnte ihre Absolute klar behaupten. Großer Gewinner wäre die FPÖ, die mit 16 Prozent den Höchststand von 1998 erreichen könnte.

„Bei der ÖVP kommt der Pröll-Faktor stark zur Geltung. Über 70 Prozent aller Befragten wollen, dass Erwin Pröll im Amt bleibt“, erläutert SOZAB-Geschäftsführer Daniel Jaksch. Das seit fünf Jahren in Amstetten situierte Institut erfragte auch die Akzeptanz des angreifigeren Kurses, den SPÖ-Landeschef Josef Leitner vorgibt. „Es zeigt sich deutlich, dass insgesamt keine Verbesserung

verspürt wird“, analysierte Jaksch. 27 Prozent empfinden eine bessere rote Politik, aber 51 Prozent das Gegenteil. Unter aktuellen SPÖ-Wählern stehen zwei Drittel hinter Leitner. Bei jenen, die bereits 2008 der SPÖ ihr Vertrauen schenkten, steht es 44 Prozent pro zu 39 Prozent kontra Leitner.

„Wir haben ein völlig anderes Feedback aus der Wählerschaft“, kommentiert SP-Landesgeschäftsführer Günter Steindl die SOZAB-Studie. „Reaktionen übers Internet und bei den Versammlungen im Land signalisieren zu 80 bis 90 Prozent Zustimmung zum kritischen Kurs gegenüber der Pröll-ÖVP“, erklärt er.

Jüngst hätten die Sozialdemokraten eine eigene Umfrage über das Market-Institut durchführen lassen. Steindl: „Da liegen wir bei 28 und die ÖVP bei 50 Prozent. Wir gehen davon aus, dass wir bei der nächsten Wahl dazugewinnen werden.“

Wehrpflicht & Co. Bei der Telefonbefragung erkundete SOZAB auch die Einstellung der Niederösterreicher zu anderen Themen: So sind 62 Prozent gegen die Abschaffung der Wehrpflicht und 59 Prozent nicht mit der Griechenland-Hilfe einverstanden. 65 Prozent der Befragten würden mehr Geld für Strom aus erneuerbarer Energie bezahlen.

